



# Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

**Lobeck & Co.**  
Hoflieferanten für Majestät des Königs von Sachsen  
**Chocoladen, Cacaos, Desserts.**  
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Telegr. Adresse:  
Nachrichten, Dresden.

**Hugo Borack**  
Hoflieferant:  
Altmarkt, Seestraße 1  
**Ball**  
-Strümpfe  
-Kragen  
-Shawis  
-Handschuhe  
-Toberschuhe  
Tricots für Costume.  
Unterröcke.

**Tuchwaaren.**  
Größte Auswahl von Neuheiten in Winter-Paletot-, Anzug- u. Hosenstoffen, beste deutsche u. englische Fabrikate, empfehlen zu billigsten Preisen  
**Friedr. Greiff & Sohn,**  
Georgplatz 9. part. und 1. Et.

**Tapeten.**  
**Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.**  
**Tapeten.**

**Glaswaaren**  
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl  
**Wilh. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,**  
Neumarkt II. Fernsprechstelle 118.

**Neueste Modelle.**

**Putz- und Modewarenhaus C. Heinrich Barthel**  
Farnspr. I. 3380.

**Neueste Modelle.**

Nr. 322. Spiegel: Stotternfrage, Dolmetschrichten, Landtagswahlen, Landtagsverhandlungen, Rhythmisches Bitternagel, Fäulnis, milt. naß. **Sonnabend, 20. November 1897.**

### Für den Monat Dezember

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle Marienstr. 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.  
**Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.**

### Solltliches.

Seit in der letzten Sitzung des Reichstags die Regierungsvorberathung für den Bau neuer Kreuzer abgelehnt worden ist, bildet die Frage nach der Verstärkung unserer maritimen Wehrkraft den Mittelpunkt der innerpolitischen Erörterungen. Vor allem ist Herr Eugen Richter unangesehnt dabei, die Flottenfrage zu dem hauptsächlichsten Kampfbilde für die nächsten Wahlen heranzuziehen. Der unerbittliche Oppositionsmann läßt dabei die keineswegs ermutigenden Erfahrungen ganz unberücksichtigt, die die Demokratie unter seiner Führung jedesmal gemacht hat, wenn sie der Regierung die im Interesse unserer nationalen Machtstellung erforderlichen Mittel zur Erhaltung unserer Streitkräfte verweigert. Jeder Wahlsieg, dessen Lösung die Bewilligung oder Nichtbewilligung militärischer Forderungen bildet, hat bisher zu einer Niederlage der antinationalen Opposition geführt. Dennoch gebietet sich der heuchlerische Führer jetzt so, als ob ihm die Auslösung des Reichstags von Deuten willkommen sei, wenn die Marinefragen in den Mittelpunkt der Wahlbewegung gestellt würden. Er behauptet sogar, alle Erstwähler dieses Jahres hätten bewiesen, daß die Wähler für die Marineforderungen nicht zu begreifen sind. Eugen Richter dürfte sich täuschen. Durch solche Auffassungen in der Presse und in Versammlungen ist seit der letzten Reichstagsitzung das Verständnis für die Aufgaben der Marine so weit gefördert worden, daß in dem nationalgesinnten Teile des deutschen Volkes entschieden die Einsicht vorherrscht, eine Verstärkung unserer maritimen Wehrkraft müsse unter allen Umständen durchgesetzt werden, wenn das Deutsche Reich eine unseren nationalen Lebensbedürfnissen entsprechende Stellung einnehmen und insbesondere in dem allgemeinen Wettbewerbe in Handel und Verkehr den übrigen Seemächten gleichberechtigt bleiben will.

Alle Autoritäten, die öffentlich zu der Marinefrage Stellung genommen haben, geben übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Flottenvergrößerung für unser Vaterland als unentbehrliches Mittel zur Erhaltung des Friedens und unserer Wohlfahrt unbedingt notwendig ist. Unter den acht Seemächten der Erde steht Deutschland an siebenter Stelle, statt an dritter Stelle, die wir einnehmen müßten, wenn unsere heutige Seemacht den Anforderungen entspräche, die sich aus unserer Weltmachtstellung ergeben. Unter den sechs Seemächten, die uns im Bau von Kriegsschiffen übertreffen, sind vier, nämlich Italien, Japan, Nordamerika und Rußland, deren Finanzen ganz sicherlich nicht besser als die deutschen sind, alle vier sind sich aber zweifellos darüber klar, daß die großen Ausgaben zur Stärkung der Seemacht dem Volkswohlstand mit Jinsen wieder zu Gute kommen. Diese vier Seemächte haben keine oder ganz unbedeutende überseeische Besitzungen, alle vier haben viel kleinere Handelsflotten und weit geringeren Seehandel als Deutschland. Das arme Spanien, das die letzte Stelle unter den Seemächten einnimmt, hat im letzten Jahrzehnt an Zahl ebenso viel Schiffe, an Tonnengehalt nur um 2,300 Tonnem weniger gebaut und noch im Bau, als das mächtige Deutschland. Auch Fürst Bismarck hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß er dem Urtheil der Sachverständigen über die Flottenvermehrung vollkommen beipflichtet. Er hat dabei besonders nachdrücklich betont, wie sehr wir einer thätigsten Marine zum Schutze von deutschen Interessen und deutscher Staatsangehörigen im Auslande bedürfen; und gerade in den letzten Tagen haben wir es ja aus Anlaß der Zwischenfälle mit Haiti und China erlebt, daß unsere Kriegsschiffe zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht ausreichen. Verlassen wir nicht eine Demokratie, die es für ihre vornehmste Pflicht hält, den Militarismus in jeder Gestalt zu bekämpfen, wäre bei uns in Deutschland das nationale Machtbewußtsein und Ehrgefühl auch nur annähernd zu der Stärke entwickelt, wie bei unseren Nachbarn jenseits der Bogen, so würde in Deutschland das andauernde Bedürfnis nach Vermehrung unserer Flotte als selbstverständlich angesehen werden müssen. In Frankreich pflegt es der Regierung niemals besondere Schwierigkeiten zu machen, ihre Forderungen zur Erhaltung und Befestigung der Streitkräfte zu Land und zu Wasser durchzusetzen. Die Opposition der Pariser Deputiertenkammer hat sogar in der letzten Tagung der Regierung den Stachel gespielt, noch über die Wünsche des Kabinetts bezüglich der Flottenvermehrung hinauszugehen. So hat es der französischen Regierung keine erheblichen Anstrengungen gekostet,

für eine starke und kampfsfähige Kriegsmarine zu sorgen. Das aus Republikanern, Demokraten und Sozialdemokraten zusammengesetzte Parlament bewilligt jährlich unzählige Millionen, damit die Flotte auf dem einmal eingenommenen Standpunkt erfolgreich behauptet werden kann. Die französische Kauffahrteiflotte hat nicht denselben günstigen Entwicklungsprozess durchgemacht, trotz aller Bemühungen, trotz aller bewilligten Prämien und Subventionen der eigenen Regierung. Unsere deutsche Handelsflotte hat sich jedoch in kurzer Zeit zu ausgedehnter Größe und Macht entwickelt und übertrifft die französische um das Dreifache, während unsere Kriegslotte nicht halb so stark ist wie die der französischen Republik. Und wie lange, so fragen füglich die „Hamb. Nachr.“, wird sich der deutsche Michel von den Engländern noch zurückdrängen lassen? „So lange, bis der zum Theil noch unterdrückte Groß in hellen Flammen zum Ausbruch kommt. Welche Vortheile böten sich wohl in einem Kriege zwischen Großbritannien und Deutschland für das letztere, so lange nicht die deutsche Flotte verstärkt und vergrößert wird? Welche Vortheile würden sich aber für John Bull bieten? Unsere Kriegslotte in ihrer jetzigen Gestalt braucht der Briten nicht zu fürchten, er wird sich vielmehr das Vergnügen machen, mit Hilfe seiner Kreuzer, Torpedobootzerstörer, Kanonenboote und anderer Fahrzeuge unseren ganzen Handel lahm zu legen, in Gemüthsruhe unsere Handelsflotte zu kapern, unsere kolonialen Besitzungen an sich zu reißen, und dann warten, bis unser Nationalbewußtsein so geschwächt ist, daß wir uns zu Friedensunterhandlungen verstehen müssen. Unsere deutsche Flotte, bemannet mit einem Personal, das keinesgleichen selbst auf britischen Schiffen findet, wird natürlich für die Ehre des Vaterlandes bis auf den letzten Mann aushalten und gewiß dem Feinde manchen Schaden thun. Gien nennt es wünschenswert, daß diese Fingerglieder unserer Seeleute an Kaiser und Reich nicht fehlen, denn die Uebermacht des Feindes ist zu groß. In welcher demüthigenden Lage befindet sich das Deutschland, in dem Männer wie Bismarck und Roon nicht mehr sind? Unsere Hebrer und Kaufleute zeigen solchen Unternehmungsgelust, berechnende Raubbiligkeit, welchen Eigenschaften sie die angeblichen Vorteile zuschreiben haben. Sind aber durch die Erkenntnis, möglicher Weise eines Tages um die Frucht aller Rührer gebracht zu werden, ihren Muth und ihre Ausdauer nicht erschließen? Werden sie sich nicht fragen, was nicht unser Streben, was nicht es, daß wir dem Feinde das Feld eifrig freitig machen, wenn dieser im geeigneten Moment in der Lage ist, alle unsere Arbeit mit einem Schlage zu vernichten? Deshalb muß der Reichstag den verbündeten Regierungen die gewünschten Marineforderungen bewilligen und deshalb muß jeder Deutsche, der es mit der Zukunft des Vaterlandes ernst meint, seine Wahlstimme nur Deuten geben, die das Wohl des Staates und des Vaterlandes dem Parteinteresse vorantreiben. „Land und Meer“, führte füglich treffend ein anderes nationalgesinntes Blatt aus, „bedeuten nicht mehr, wie noch im Anfang dieses Jahrhunderts, das Napoleon sein kontinentales Kaiserreich ohne Jacht anrecht halten zu können plante, einzig durch die große Armee, zwei verheerende Welten. Ein Volk, das jetzt nicht achtungsvoll auf seine Flotte auf den Meeren zeigt, scheidet aus der Reihe der großen Mächte, gleichsam aus dem Zusammenhang der Dinge aus. Unser Heer verliert Deutschland seine Sicherheit und Unantastbarkeit in Europa; unsere Bedeutung in der Welt wird aber in der Zukunft mehr und mehr auf unserem Handel, der Entwicklung unserer Kolonien, der Größe und dem Reichte unserer Flotte beruhen. Sie ist, wenn wir die Schiffe unserer Handelsflotte und unsere Marine als eine Einheit zusammenfassen, das hefte Existenzbedingungen zu verkörpern, ihre notwendige Entwicklung zu unterstützen, nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus dem bloßen Bewußtsein gegen den „Militarismus“, aus der Abneigung des Partikularismus und des Wohlwunders gegen die Ausbreitung des deutschen Einflusses in der Welt, hier die alten Sünden und Verwundungen des uneinigen und zerfallenen Vaterlandes, diesmal mit vollem Bewußtsein ihrer Schwere und Gefährlichkeit, wiederholen.“

**Kernschreib- und Kernschreib-Berichte vom 19. November.**  
\* Basel. Wie verläutelt, ist der Schnellzug Nr. 3 Frankfurt-Basel heute Nachmittag nach halb 5 Uhr nach dem Versinken der Station Leopoldsdörfer eingestürzt. Der Zug blieb auf dem Bahndamm, der hier sehr hoch ist, stehen. Ein Hilfszug holte die Verwundeten, die zahlreich sein sollen, ab.  
\* Basel. Nach weiteren Mittheilungen sind bei der Zugentgleisung nahe Leopoldsdörfer 3 Personen leicht verletzt worden.  
\* Fatah-Palast. Am 19. Nov. gegen die Wände des Dichters Constantinow wurden Winlow, Tolalow und Salopow zum Tode und Stojanow zu einjähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Da Salopow minderjährig ist, wurde die Strafe in 15 Jahre Zuchthaus umgewandelt.  
\* Berlin. Der Kaiser wird den Reichstag am 30. November Mittags 12 Uhr im weichen Saale des Schlosses persönlich eröffnen. — Die „N. A. Ztg.“ macht auf Grund des jetzt vorliegenden amtlichen Materials Mittheilungen über den Zwischenfall in Haiti, die sich fast durchweg mit den früher mitgetheilten Redingungen der „N. A.“ aus Haiti decken. Gegenüber dem in verschiedenen Blättern erhobenen Zweifel, ob der deutsche Vertreter in Port-au-Prince, bevor er den Präsidenten der Republik in der Sache direkt anging, alle anderen ihm zu Gehör kommenden Mittel erschöpft hatte, wird bemerkt, daß Graf Schmerin den Verhandlungen in erster und zweiter Instanz persönlich beigewohnt hatte und sich mehrmals schriftlich wie mündlich an den auswärtigen Minister wegen der Freilassung des Lagers gewandt hatte, ohne daß seine Schritte den erwünschten Erfolg gehabt hätten. Wenn schließlich der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika sich bei der haitianischen Regierung für Lagers verwannt hat, nachdem die dahingehenden Schritte des Grafen Schmerin beim Präsidenten ergebnislos geblieben waren, so findet sich eine Erklärung darin, daß der amerikanische Gesandte mit der Familie Lagers befreundet war und anherdem von der in Port-au-Prince unter der Bevollmächtigung herrschenden Bewegung Gefahren für das Leben und Eigentum der dort lebenden Weißen bedrohtete. Die von einigen Blättern gebrachte Meldung, daß das Reich seine diplomatischen Beziehungen zu

Haiti abgebrochen und seine Angehörigen unter dem Schutze des amerikanischen Vertreters gestellt habe, ist unzutreffend. Graf Schmerin befindet sich noch in Port-au-Prince, dagegen sind die Verhandlungen über die zu leistenden Entschädigungen und Genehmigungen in Berlin geführt worden. Sollte die haitianische Regierung ihre Weigerung, den berechtigten Wünschen Deutschlands nachzugeben, fortsetzen, so werde die kaiserliche Regierung ihren Forderungen auf anderen Wegen Nachdruck verleihen müssen. Der „N. A.“ wird aus Port-au-Prince geschrieben, daß dort jetzt die deutschen Ziele konsolidiert werden. Die Haitianer fahren fort, die Deutschen in der Presse und öffentlich zu beschimpfen. — Der „N. A.“ wird geschrieben, daß dort jetzt die deutschen Ziele konsolidiert werden. Die Haitianer fahren fort, die Deutschen in der Presse und öffentlich zu beschimpfen. — Der „N. A.“ wird geschrieben, daß dort jetzt die deutschen Ziele konsolidiert werden. Die Haitianer fahren fort, die Deutschen in der Presse und öffentlich zu beschimpfen.  
\* Berlin. Der Reichstag wird am 20. November Mittags 12 Uhr im weichen Saale des Schlosses persönlich eröffnet. — Die „N. A. Ztg.“ macht auf Grund des jetzt vorliegenden amtlichen Materials Mittheilungen über den Zwischenfall in Haiti, die sich fast durchweg mit den früher mitgetheilten Redingungen der „N. A.“ aus Haiti decken. Gegenüber dem in verschiedenen Blättern erhobenen Zweifel, ob der deutsche Vertreter in Port-au-Prince, bevor er den Präsidenten der Republik in der Sache direkt anging, alle anderen ihm zu Gehör kommenden Mittel erschöpft hatte, wird bemerkt, daß Graf Schmerin den Verhandlungen in erster und zweiter Instanz persönlich beigewohnt hatte und sich mehrmals schriftlich wie mündlich an den auswärtigen Minister wegen der Freilassung des Lagers gewandt hatte, ohne daß seine Schritte den erwünschten Erfolg gehabt hätten. Wenn schließlich der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika sich bei der haitianischen Regierung für Lagers verwannt hat, nachdem die dahingehenden Schritte des Grafen Schmerin beim Präsidenten ergebnislos geblieben waren, so findet sich eine Erklärung darin, daß der amerikanische Gesandte mit der Familie Lagers befreundet war und anherdem von der in Port-au-Prince unter der Bevollmächtigung herrschenden Bewegung Gefahren für das Leben und Eigentum der dort lebenden Weißen bedrohtete. Die von einigen Blättern gebrachte Meldung, daß das Reich seine diplomatischen Beziehungen zu

**Triumph-Seife**  
mit Kernschreib